

## Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum Gesetzesentwurf 8768 zum „Clean Industrial Deal“

### Nein zur Förderung der Nukleartechnologie in Luxemburg im Rahmen der Wirtschaftsförderung!

Der vor Kurzem vorgelegte Gesetzesentwurf 8768 zur Umsetzung des „Clean Industrial Deals“ in der Luxemburger Gesetzgebung schafft den nötigen Rahmen für staatliche Investitionen und Förderungen zur Umsetzung der Energiewende im industriellen Bereich und dementsprechend dem Pfad zu „Netto-Null-Emissionen“. Derzeit wird dieser Entwurf in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer diskutiert.

Der Mouvement Ecologique begrüßt grundsätzlich, dass Luxemburg die europäischen Möglichkeiten nutzen will, um Investitionen in Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien und Technologien zur Dekarbonisierung - wie Batterien, Photovoltaik, Windkraft, Wärmepumpen usw. - finanziell zu unterstützen. Ein solcher industriepolitischer Rahmen ist ein wichtiger Baustein, um die heimische Wertschöpfung in der Energiewende zu stärken und die Abhängigkeit von fossilen Importen zu reduzieren.

Der Mouvement Ecologique sieht jedoch mit großer Sorge, dass die neue Fassung von „Annexe 2“ des diesbezüglichen Gesetzesprojektes – welche die förderfähigen Produkte, Komponenten und kritischen Rohstoffe im Sinne von Art. 5 abschließend auflistet – **explizit auch Nukleartechnologien als förderfähige „Net Zero“**

**Technologien einstuft.** Konkret betrifft dies die Kategorien:

- **Technologies de l'énergie nucléaire de fission** (Centrales de fission nucléaire, inkl. *Éléments combustibles, Cuves de réacteurs, Turbines à vapeur d'eau, Générateurs de vapeur u.a.*);
- **Technologies du cycle du combustible nucléaire** (Cycle du combustible nucléaire, inkl. *Centrifugeuses, Eau lourde, Systèmes de traitement du gaz u.a.*);
- **Autres technologies nucléaires (telles que les technologies de fusion nucléaire).**

Diese Kategorien sind zwar unmittelbar aus dem europäischen Rahmen übernommen worden und somit keine Sonderregelung in Luxemburg. Aber: die EU lässt den Mitgliedsstaaten grundsätzlich explizit Spielraum, welche Technologien sie national tatsächlich fördern wollen oder eben nicht.

Der luxemburgische Gesetzgeber ist durch die EU-Vorgabe keineswegs verpflichtet, Nukleartechnologien in die nationale Förderkulisse aufzunehmen. Dies ist ihm gänzlich

freigestellt. Deshalb drängt sich die Frage auf, warum sich in Luxemburg für diese Vorgehensweise entschieden wurde!

Ebenso irritierend ist, dass dieser Fakt im „*Exposé des motifs*“ des Gesetzesentwurfs dann „unter den Tisch“ gekehrt wird. In diesem werden nur erneuerbare Technologien (Solar, Wind, Wärmepumpen, Elektrolyseure für die Wasserstoffherstellung) erwähnt. Diese Technologien sind wichtig, um den industriellen Standort Luxemburgs zukunftsfähig zu machen und sind dementsprechend zu begrüßen.

Bereits die möglichen hohen Investitionen in Technologien zur Abspaltung und Speicherung sowie Nutzung von CO<sub>2</sub> können aus Umweltsicht hinterfragt werden, insbesondere wenn sie in Konkurrenz zur Finanzierung erneuerbarer Energien stehen.

Besonders problematisch ist aber, dass auch nukleare Technologien dennoch in den Anhängen weiterhin angeführt werden.

Das stellt die Frage nach dem Sinn: Warum will die Luxemburger Regierung diese Option offenhalten, wenn sie sich doch gegen Atomenergie positioniert? Wäre es vorstellbar, dass sich auf Luxemburger Territorium Industrien aus diesem Bereich ansiedeln würden? Oder will die Regierung nukleare Produktionskapazitäten im Ausland mitfinanzieren?

Alle diese Szenarien sind äußerst problematisch.

### **1. Widerspruch zur langjährigen energiepolitischen Grundausrichtung Luxemburgs**

Luxemburg verfügt über keine eigene Atomkraft und hat sich nicht zuletzt als Ergebnis jahrzehntelange zivilgesellschaftliche Engagements gegen das grenznahe Kernkraftwerk Cattenom energiepolitisch klar als nuklearfreies Land positioniert. Die nationale Klimastrategie (*loi climat vom 15. Dezember 2020, PNEC*) setzt konsequent auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Sektorenkopplung, nicht auf Kernenergie.

Ein Gesetz, das – und sei es nur über eine technische Verweisliste – luxemburgische Steuergelder für den Aufbau von Produktionskapazitäten für Reaktorbehälter, Brennelemente, Zentrifugen für die Urananreicherung oder andere nukleare Zulieferketten zur Verfügung stellen könnte, steht in offenem Widerspruch zu dieser Grundhaltung. Es ist mit dem energiepolitischen Selbstverständnis Luxemburgs nicht vereinbar, dass ein Instrument, das explizit "zur Beschleunigung der Energiewende" (*Exposé des motifs*) gedacht ist, zugleich die industrielle Basis der Atomkraft mitfinanzieren könnte, wohlwissend, dass Atomenergie extrem teuer ist und viele Projekte von massiven Verzögerungen betroffen sind.

### **2. Kernenergie ist keine „saubere“ bzw. „Net-Zero“ Technologie im Sinne der luxemburgischen Klimapolitik**

Der Gesetzestitel und die Zielsetzung sprechen ausdrücklich von "*technologies propres*" und einer "*économie à zéro émission nette*". Der Mouvement Ecologique widerspricht der impliziten Gleichsetzung von Kernenergie mit „sauberen“ Technologien. Unabhängig von der CO<sub>2</sub> - Bilanz des Stroms wirft Kernenergie ungelöste Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle, der Proliferation, der Versorgungssicherheit bei Uran sowie erheblicher Sicherheits- und Haftungsrisiken auf. Diese Technologie in eine Liste einzureihen, die ansonsten Batterien, Solarmodule, Windturbinen, Wärmepumpen und Elektrolyseure umfasst sendet das falsche politische Signal und setzt diese Technologien auf eine gleiche Ebene, obwohl die Sicherheitsbedenken und mögliche Risiken ganz andere sind.

### **3. Falsche Nutzung begrenzter öffentlicher Mittel und eine Frage der Prioritäten**

Die "*Fiche financière*", die dem Gesetzesentwurf angehängt ist, gibt eine Aufstellung der nötigen öffentlichen Gelder für bereits identifizierte Projekte sowie zusätzliche Finanzmittel für etwaige weitere Projekte. Festgelegt ist ein Gesamtvolumen von über 170 Millionen € bis 2034. Im Text wird angeführt, dass zusätzliche Projekte eventuell nicht gefördert werden könnten, da die aktuell vorgesehenen Finanzmittel diese nicht abdecken könnten. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, dass die verfügbaren und knappen öffentlichen Mittel ausschließlich echten Zukunftstechnologien der Energiewende zugutekommen, statt potenziell mit Nuklearprojekten konkurrieren zu müssen.

**Selbst wenn die praktische Wahrscheinlichkeit gering sein sollte, dass ein Unternehmen in Luxemburg konkret Anträge für nukleare Technologien bzw. die Herstellung für solches Material stellt, hat die bloße gesetzliche Verankerung dieser Möglichkeit eine erhebliche symbolische Wirkung. Sie würde es Luxemburg erschweren, sich international und innerhalb der Großregion (u.a. gegenüber Frankreich im Kontext Cattenom) glaubwürdig als konsequent nuklearfreies Land zu positionieren, das auf 100 % erneuerbare und dezentrale Energiesysteme setzt.**

### **Fazit**

Der Mouvement Ecologique unterstützt die Zielsetzung des Gesetzesentwurfs, luxemburgische Investitionen in Produktionskapazitäten für die Energiewende zu fördern. Er fordert jedoch mit Nachdruck, dass:

- **Kernenergie- und sonstige Nukleartechnologien (inkl. Fusion) explizit von der Förderfähigkeit nach Art. 5 und „Annexe 2“ ausgeschlossen werden;**
- **Die finanziellen Mittel und politische Aufmerksamkeit konsequent den tatsächlich erneuerbaren und energieeffizienten Technologien zugutekommen.**

Nur so bleibt das Gesetz seinem eigenen Anspruch treu, die Transition Luxemburgs zu einer Wirtschaft mit Netto-Null-Emissionen auf Basis erneuerbarer Energien zu unterstützen und gleichzeitig im Einklang mit der langjährigen, gesellschaftlich breit getragenen nuklearkritischen Position des Landes zu bleiben.

6. Juli 2026